

**Unterrichtsprojekt „Archivpädagogik“
in Zusammenarbeit mit dem
Stadtarchiv Bamberg**

Unterrichtsmodell für den Geschichtsunterricht
in der 10. Jahrgangsstufe:

**Die „Stunde Null“ in Bamberg –
Überleben und Wiederaufbau nach dem
Krieg**



- Inhaltsverzeichnis -

A:	Vorbemerkungen	3
	1. Ziele des Projekts	3
	2. Auswahl des Unterrichtsgegenstandes	4
	3. Vorgehensweise	5
B:	Durchführung des Projektes	6
	1. Vorbereitung	6
	2. Besuch im Archiv	8
	3. Nachbereitung	14
C:	Ergänzende Hinweise	16
D:	Anlagen	17

Das Titelbild zeigt eine Zeichnung von Hanns Waltenberger (gest. 1960 in Bamberg) vom April/Mai 1945.

A: Vorbemerkungen

1. Ziele des Projekts

Nach der Vorlage und Erprobung mehrerer Unterrichtsmodelle zum Archivbesuch mit Schulklassen bzw. Schülergruppen¹ lässt sich eine erste positive Zwischenbilanz ziehen. Tatsächlich vermag ein solches Unternehmen den Geschichtsunterricht zu beleben und die Motivation der Schülerinnen und Schüler, sich eigene Untersuchungsgegenstände zu wählen, sich intensiver mit Such- und Auswertungsstrategien von Quellenmaterial auseinanderzusetzen, zu fördern. Allerdings hat sich auch gezeigt, wie sehr die Rahmenbedingungen (Termin im Schuljahresverlauf, Gruppenstruktur etc.) und rein praktische Gegebenheiten (Raumsituation u.Ä.) den Verlauf des Projektes beeinflussen können. An die notwendige Flexibilität bei der Umsetzung des vorgeschlagenen Verfahrens, etwa bei der Auswahl der Themenbereiche, der Gruppeneinteilung, sei deshalb erinnert.

Mit dem vorliegenden Unterrichtsmodell zur unmittelbaren Nachkriegsgeschichte tritt nun neben den überregionalen Archiven (z.B. Staatsarchiv, Diözesanarchiv) das örtliche Archiv der Stadt bzw. Gemeinde in den Blickwinkel des „Forschers“. Die thematische Nähe der hier zur Verfügung stehenden Archivalien zum Lebensumfeld der Heranwachsenden bietet neben der damit grundsätzlich verbundenen Motivation, nach historischen Grundlagen für die gegenwärtige Entwicklung zu suchen, auch den Vorteil der leichten Erreichbarkeit des Archivs vom Schulort aus bzw. die Möglichkeit, die im gemeinsamen Archivbesuch erworbenen Informationen und Methoden im Archiv des Heimatortes zu vertiefen. Vielleicht erwachsen hieraus sogar längerfristige ortsgeschichtliche Projekte.

Über die in anderem Zusammenhang bereits genannten Ziele bei der Zusammenarbeit von Schule und Archiv hinaus stehen im vorliegenden Projekt folgende im Vordergrund:

- die Gewinnung von Informationen über eine entscheidende Phase in der Geschichte der eigenen Gemeinde, die politisch, architektonisch, wirtschaftlich, kulturell und auf sozialem Gebiet bis heute nachwirkt
- die Einsicht in Verbindungslinien und Brüche in der Historie der Gemeinde, aber auch in der Situation, in den Entwicklungsmöglichkeiten von Jugendlichen sowohl am Ort wie auch in unserem Land
- der Erwerb der Fähigkeit, historische Schlagworte („Zusammenbruch“, „Stunde Null“, „Wiederaufbau“ etc.) einzuordnen, auf ihre Schlüssigkeit hin zu bewerten
- die Entwicklung der Qualifikation, historisches Quellenmaterial nach sachgerechten Fragestellungen zu untersuchen und auf seinen Aussagegehalt hin kritisch zu bewerten
- die Einsicht in die Bedeutung von Archiven für das Selbstverständnis einer politischen, sozialen Gemeinschaft, die für zielgerichtete Zukunftsentscheidungen der gesicherten Erinnerung an ihre Geschichte bedarf

Nicht nur auf Grund der Vielgestalt des zur Verfügung stehenden Materials (Fotos, Plakate, Karteikarten, Akten, Zeitungsanzeigen u.v.m.) ist eine besonders enge Verzahnung von affektiven und kognitiven Aspekten im Verlauf der „Forschung“ zu erwarten: Die Empfindung der Nähe und der überlegenen Distanz, die entschiedene Kritik und die respektvolle Einsicht in die Leistungen der Handelnden sind dabei durchaus erwünschte Transportmittel historischer Erkenntnis.

¹ Vgl. hierzu sowie zu weiteren Anregungen für eigene Unterrichtsprojekte und zusätzlichen Literaturhinweisen die aktuellen Seiten des Schulservers <http://www.schule.bayern.de/unterricht>.

2. Auswahl des Unterrichtsgegenstands

Das Thema der Sequenz entspricht gleich dem ersten Inhalt des gültigen Fachlehrplans für Geschichte am Gymnasium in der 10. Jahrgangsstufe: *„Deutschland und Europa nach der Kapitulation[...]: Kriegsopfer, teilweise Zerstörung von Industrie und Infrastruktur; Elend von Kriegsgefangenen, Heimkehrern, Vertriebenen; Leiden und Leistung der Frauen; Trümmerzeit“*. Als Vorgehensweise wird dazu vorgeschlagen: *„Diskussion der Begriffe ‚bedingungslose Kapitulation‘ und ‚Stunde Null‘ [...]: ggf. projektorientierte Erkundung [...]“*.² Gleichzeitig weist das Thema voraus auf die Inhalte *„politischer Wiederbeginn in den Besatzungszonen“*, *„Entnazifizierung“*, *„Wiederaufleben und Neugründung von Parteien“*, *„Währungsreform“*, den *„Wiederaufbau“*, die *„Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen“*,³ die an konkreten Beispielen veranschaulicht werden sollen, um die Lebenssituation und das Lebensgefühl der Menschen der Nachkriegszeit verständlich zu machen.

Auch der kommende Lehrplan wird diese thematischen Schwerpunkte hervorheben und speziell die Recherche im Archiv betonen.⁴

Der lokalgeschichtliche Ansatz bietet eine besondere Chance zur Motivation der Schüler, regen doch die Informationen über die geschichtlichen Ereignisse, die Entwicklungen im eigenen Lebensumfeld nahezu von selbst zum Vergleich an. Dabei scheinen grundsätzlich zwei Vorgehensweisen denkbar: von gegenwärtigen Gegebenheiten ausgehend nach deren Wurzeln, Vorbedingungen im Archiv zu forschen oder die dort gewonnenen Erkenntnisse an den Anfang einer Untersuchung über die weitere Entwicklung in speziellen Lebensbereichen zu nutzen (von der Gegenwart in die Vergangenheit - von der Vergangenheit in die Gegenwart). Es ist zu erwarten, dass der Anreiz zum diachronen Vergleich die Behandlung anderer historische Themenbereiche – dann auch in der Oberstufe – fördert.

Die Geschichtsdidaktik hat sich dem Thema der unmittelbaren Nachkriegszeit auch mit der Erarbeitung von Stundenbildern u.Ä. wiederholt gewidmet⁵ und den motivierenden Charakter des Unterrichtsgegenstands hervorgehoben. Zudem liegt in der Regel eine ganze Reihe von lokalgeschichtlichen Dokumentationen vor, die durch ihre Anschaulichkeit (Bildmaterial) bzw. den narrativen Charakter der Quellen einen unmittelbaren Zugang zum Themenbereich ermöglichen. Gerade für das Kriegsende und die unmittelbare Nachkriegszeit in Bamberg gibt es eine Reihe von Materialien, die durch den auswählenden Lehrer als Einstieg nutzbar gemacht werden können.⁶ Für die vorliegende Arbeit erwies sich die stets anregende und dem Geschichtsunterricht in

² KWMBI I So.-Nr. 8/1992, S. 393

³ Ebd., S. 393-395

⁴ Vgl. <http://www.isb.bayern.de/gym/geschich>

⁵ Vgl. zuletzt Praxis Geschichte: Nachkriegsjahre, 14. Jg. Heft 4, Braunschweig Juli 2002 [Beilage: Fragebogen des Military Government of Germany zur Entnazifizierung]

⁶ Vgl. u.a. Rudolf Albart: Vom Hakenkreuz zum Sternenbanner. Ein Bamberg-Report, Bamberg o.J. bzw. Rudolf Albart: Rücklichter aus einem Bamberger Jahrhundert. Ein auf unsere Stadt reduziertes Zeitgeschehen, o.O. o.J., Peter Moser: Bamberg. Zwischen Care-Paket und Vespa-Roller [Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg, Band 4], Gudensberg-Gleichen 1998², Hans Scherer: Ich war Oberschüler und Luftwaffenhelfer. Teil I, II und III 1927 – 1948, Selbstverlag 1996 [mit einer Reihe interessanter Materialien zum Thema Heranwachsende bzw. Schule], Jürgen Schraudner, Robert Zink: Fotograf aus Leidenschaft und mit Gespür. Max Gardill (1914 – 1987) [Ausstellungen des Stadtarchivs Bamberg, Nr. 6], Bamberg 2000 Robert Zink: Luftkrieg und Kriegsende in Bamberg [Ausstellungen des Stadtarchivs Bamberg, Nr. 1], Bamberg 1985

vielfältiger Weise förderliche Ausstellungstätigkeit des Stadtarchivs Bamberg als Glücksfall.⁷

3. Vorgehensweise

Die Stellung des Themas „Stunde Null“ im Lehrplan der 10. Jahrgangsstufe bietet günstige Bedingungen für die Umsetzung der Unterrichtssequenz.

Nach dem derzeit gültigen Lehrplan kann mit einem motivierenden Archivbesuch der Einstieg in den Geschichtsunterricht im Schuljahr eindrucksvoll gestaltet und das Prinzip des diachronen Vergleichs ausgewählter Aspekte der Lokal- oder Regionalgeschichte für das ganze Schuljahr nutzbar gemacht werden („Wirtschaftswunderjahre“ – ökonomische Krisenzeiten, Adenauerzeit – Schüler- und Studentenunruhen am Ende der sechziger Jahre, „Ohne-mich-Bewegung“ der Fünfziger – Friedensbewegung der Achtziger etc.).

Im künftigen Lehrplan der 10. Jahrgangsstufe wird das Thema zu einem späteren Zeitpunkt im Schuljahr behandelt werden. Dies bietet die Gelegenheit typische Methoden der Recherche (Formulierung von Leitfragen, Abgrenzung von Einzelaufträgen bei Gruppenarbeiten, Festhalten und Präsentation von Ergebnissen) und der Auswertung von Quellen (Texte, Bilder) an konkreten Beispielen zu wiederholen bzw. zu vertiefen.

In jedem Fall ist eine Absprache mit dem Archiv im dem Besuch vorhergehenden Schuljahr nötig, um die Erwartungen von Seiten der Schule zu formulieren und mit den Möglichkeiten des Archivs (Raum- und Betreuungsangebot, Erschließung und Verfügbarkeit des Archivguts) in Einklang zu bringen.

Die vorliegende Unterrichtssequenz gliedert sich in drei Phasen:

1. In einer Stunde der inhaltlichen **Vorbereitung** steht das Kriegsende in der Stadt, der Region im Vordergrund. Dabei können Filmaufnahmen ebenso wie narrative Quellen (vgl. o.) aus der Sicht unterschiedlich Betroffener (Kinder, Frauen, Soldaten) durchaus einen affektiven Zugang zur Thematik eröffnen und in die Frage münden, welche Erwartungen die Einzelnen oder gesellschaftliche Gruppen in das nahe Kriegsende setzten. Diese Erwartungen mit den Ergebnissen der unmittelbaren Nachkriegszeit am Ort zu vergleichen kann als Motiv für den Archivbesuch formuliert werden. Zugleich rückt damit dieser Ort des „kollektiven Gedächtnisses“ des eigenen Lebensraums mit seiner Bedeutung für die historische Forschung wie für die Identitätsfindung einer regionalen, sozialen Gemeinschaft in das Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler.
2. **Im Archiv** müssen, um einen sinnvollen Arbeitszeitraum von bis zu drei Stunden nicht zu überschreiten, sehr rasch konkrete Arbeitsaufträge nach thematischen Gesichtspunkten formuliert werden. Es scheint zweckmäßig, dass die hierfür auszuwählenden Originalquellen bereits in einem Arbeitsraum aufliegen. Gleichwohl wird der Archivar auf die in der Regel unverzichtbare Recherchearbeit mit „Findmitteln“ hinweisen und ggf. an einem Beispiel erläutern. Dass Archivarbeit nicht nur mit Papier zu tun hat, lässt sich am Beispiel von sonstigem Archivgut (etwa aus Nachlässen) zeigen. Darüber hinaus kann auch die Arbeit mit verfilmten Quellen (z.B. aus Zeitungen) als nicht untypisch für die Informationsbeschaffung im Archiv einbezogen werden.

Im **ersten Teil** des Archivbesuchs steht die nach thematischen Gruppen differenzierte Recherche zur Nachkriegszeit vor Ort im Zentrum. Sinnvoll scheint, dass eine Arbeitsgruppe dabei nicht nur mit einer Art von Materialien (Fotos, Plakate, Zeitungsartikel, Protokolle etc.) beschäftigt ist.

⁷ Vgl. dazu den Katalog der Ausstellung von Winfried Theurer: Bamberg 1945 – 1949. Aspekte eines Neubeginns [Ausstellungen des Stadtarchivs Bamberg, Nr. 3], Bamberg 1988

Eine klare Zeitvorgabe ist in jedem Fall nötig, ebenso wie die Einhaltung der Pflicht, später in angemessener Form über die Ergebnisse der Forschung zu berichten.

Ein **zweiter Teil** sollte das Archiv selbst als Aufbewahrungsort und „Serviceeinrichtung“ für die historische Forschung beleuchten: Wie gelangt das Archiv an das von ihm verwaltete Archivgut? Welche (auch gesetzlichen) Rahmenbedingungen gelten für die Überlassung, die Auswahl und die Auswertung bzw. Veröffentlichung der Materialien? Wer forscht in einem Archiv? Wie unterscheidet sich seine Arbeit von der in einer Bibliothek, im Internet oder in anderen Einrichtungen? Welche Archive eignen sich grundsätzlich für welche Fragestellungen?

Diese Arbeitsphase gewinnt an Anschaulichkeit, wenn ein Gang der Besuchergruppe in das Magazin möglich ist.

Der **dritte Teil** des Vormittags muss die Ergebnisse der einzelnen Gruppen dem Plenum zur Verfügung stellen. Dabei wird nicht nur von aufschlussreichen Arbeitserträgen zu berichten sein, sondern auch davon, dass sich nicht alle Fragen abschließend beantworten ließen. Nicht jeder Aspekt der Aufgabenstellung kann durch überliefertes Material abgedeckt werden; naturgemäß sind die Quellen in ihrem Inhalt, ihrer Gestalt der Zeit verhaftet, dazu – mehr oder weniger – dem Blickwinkel, den Interessen des Erstellers (Fotograf, Journalist, Verwaltung etc.) angepasst.

3. Die **Nachbereitung** des Archivbesuchs soll die Ergebnisse für die Problematisierung des Begriffs „Stunde Null“ nutzbar machen und damit gleichzeitig den in der Geschichte notwendigen Zusammenhang zwischen dem zu gewinnenden Tatsachenwissen (durch Materialbeschaffung) und der Einschätzung historischer Abläufe, dem Urteil über Vergangenes aufzeigen.

Selbstverständlich sind in Absprache mit dem Archiv Modifikationen des vorgelegten Unterrichtsmodells hinsichtlich des Ablaufs, der Methodik, des Untersuchungsgegenstands und -materials möglich.

B: Durchführung

1. Vorbereitung

Als Einstieg in die Unterrichtssequenz mit dem Archivbesuch eignet sich die Darstellung des Kriegsendes, das nicht erst seit dem Jahr 1945 unabweisbar mit der Niederlage Deutschlands gegen die Alliierten verbunden ist.

Für eine anschauliche Begegnung mit dem Thema eignen sich Filmaufnahmen, die zum Teil auch auf die Geschehnisse im fränkischen Raum eingehen,⁸ sowie erzählende Texte, die das Geschehen im Bamberger Raum und das subjektive Erleben der Menschen widerspiegeln.⁹

⁸ Vgl. z.B. den Teil V der BR-Serie „Bayern im 20. Jahrhundert“: „Nach dem Zweiten Weltkrieg“ (1991) [auch als möglicher Einstieg in eine Sequenz, die zuerst den allgemeinen historischen Hintergrund der Nachkriegszeit in Deutschland bzw. Bayern beleuchtet], Teil VI der ARD-Serie „Heimatfront“: „Der Zusammenbruch“ (NDR 1999)

⁹ Vgl. Anm. 6

Die wichtigsten Geschehnisse seit dem Jahresbeginn 1945, die zur Übergabe Bambergs führten, lassen sich kurz umreißen.¹⁰

Seit Januar fanden - im Zusammenhang mit alliierten Angriffen auf Nürnberg - Bomben-Notabwürfe im Bamberger Raum statt, die vor allem im Bereich Hainstraße/Ottostraße zu beträchtlichen Schäden und auch zu einem ersten Zivilopfer führten. Vor allem den Bahnhofsbereich zerstörte ein Angriff mit Spreng- und Stabbrandbomben vom 14. Februar, dem beinahe 100 Menschen zum Opfer fielen, darunter viele Schüler, die auf dem Bahnhofsvorplatz auf ihren Bus warteten. Hintergrund des Bombenabwurfs auf Bamberg war offenbar, dass wegen schlechten Wetters nicht alle alliierten Flugzeuge das eigentliche Angriffsziel Dresden erreicht hatten und Bamberg als Ausweichziel wählten.

216 Menschen wurden durch Luftangriffe in den Mittagsstunden des 22. Februars getötet, als alliierte Verbände den Bamberger Bahnhof attackieren sollten, um dort wie in anderen Städten deutsche Verkehrseinrichtungen zu treffen. Die schlechte Sicht führte dazu, dass Bomben auch über reinen Wohngebieten abgeworfen wurden. Spätestens jetzt hatte die Hässlichkeit des Bombenkriegs mit all seinen Folgen für die Versorgung, den Lebensrhythmus (Aufenthalt in Luftschutzkellern etc.) auch Bamberg und das Bewusstsein seiner Bürger erreicht.

In der Folge griffen Tiefflieger Bamberg immer wieder an und bedrohten etwa größere Menschenansammlungen, warfen z.T. auch Flugblätter ab, um die Durchhaltepropaganda der Nationalsozialisten ad absurdum zu führen.

Bamberg war durch die NS-Befehlshaber vor allem im Interesse des Schutzes Nürnbergs, der „Stadt der Reichsparteitage“, zum Frontgebiet innerhalb der „Juralinie“ erklärt worden. „Volkssturm“, Panzersperren und Schützengräben sollten den Vormarsch der Amerikaner aufhalten.

Im Sinne des „Nero-Befehls“ Hitlers war vorgesehen, vor einer Überlassung an die Alliierten deutsche Werte eher zu vernichten. Tatsächlich waren solche Maßnahmen (etwa die Zerstörung von Betrieben) auch für Bamberg geplant. Offenbar wurden sie aber nicht in erkennbarem Maße durchgeführt. Deutsche Truppen waren es allerdings, die am 10. und 13. April die Bamberger Brücken durch Sprengung niederlegten, um den Feind in seiner Vorwärtsbewegung aufzuhalten oder ihm zumindest keine brauchbaren Infrastruktureinrichtungen zu erhalten. Es scheint unvorstellbar, dass gerade im Militär noch der Glaube an einen „Endsieg“ vorhanden war, wohl eher die Furcht, kurz vor dem Kriegsende noch wegen Befehlsverweigerung oder „Wehrkraftzersetzung“ ums Leben zu kommen.

Wie sinnlos diese Zerstörungsaktion war, zeigt die Besetzung Bambergs durch US-Streitkräfte bereits am 13. und 14. April. Dem Einsatz verantwortungsbewusster Kirchenvertreter (z.B. Weihbischof Landgrafs) und wohl auch der Unübersichtlichkeit der militärischen Befehlsstrukturen in dieser Zeit der Auflösung der Wehrmachts- und Parteihierarchie ist es zu verdanken, dass dabei nicht der von Hitler geforderte „fanatische Widerstand“ geleistet wurde.

Durch den amerikanischen Standort-Gouverneur wurde bereits am 16. April der durch die Nationalsozialisten entmachtete Oberbürgermeister Luitpold Weegmann wieder als Bürgermeister eingesetzt. Unter strenger Kontrolle des US-Militärs sollte er den Aufbau der Zivilverwaltung, die Lösung der Alltagsprobleme der Menschen, die sich in der Stadt aufhielten, betreiben.

¹⁰ Vgl. Zink: Luftkrieg und Kriegsende in Bamberg, S. 13-18, Peter Moser: Bamberg. Geschichte einer Stadt, Bamberg 1998, S. 183-185

Mit dieser Einstimmung, diesen Informationen lassen sich die zentralen Fragen für den Archivbesuch entwickeln:

Welche Menschen lebten im Frühjahr 1945 in Bamberg? Welche Sorgen und Nöte belasteten sie? Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um Strukturen zu entwickeln, die den Menschen Hoffnung auf Zukunft machen konnten?

2. Besuch im Archiv

Nach der Begrüßung im Archiv wird rasch klar, dass vom gewöhnlichen Vorgang bei der Recherche im vorliegenden Fall abgewichen werden muss: Selbst bei konkreten Untersuchungsfragen dauerte der Vorgang des Suchens, Ausleihens und Bewertens von Archivmaterialien zu lange, um ihn in ein derartiges Projekt einzubinden. Freilich kann das Recherche- und Ausleihverfahren exemplarisch vorgeführt werden.

Um einen breiteren Überblick über die Situation in Bamberg nach dem Zweiten Weltkrieg zu gewinnen, aber gleichzeitig möglichst viele Schülerinnen und Schüler dazu zu bringen, sich selbständig mit den Quellen zu beschäftigen, empfiehlt sich zunächst ein arbeitsteiliges Verfahren. Etwa acht Arbeitsgruppen (also etwa drei bis vier Mitglieder je Gruppe) können folgende Themenschwerpunkte bearbeiten:

- Lebensbedingungen in Bamberg nach dem Zusammenbruch
- Flüchtlinge in der Stadt
- Besatzer
- Entnazifizierung und Demokratisierung
- Wiederaufbau der Verwaltung
- Medien
- Wirtschaftsaufbau
- Neubelebung von Bildung, Kultur

Im Hinblick auf den späteren Bericht lautet der konkrete Arbeitsauftrag an jede Gruppe für die **erste Arbeitsphase**:

1. Welche Informationen über Menschen, Geschehnisse und Strukturen geben die Materialien?
2. Wer hat die Quellen angefertigt, mit welcher Absicht hat er dies getan?

Die Lebensbedingungen in Bamberg nach dem Zusammenbruch illustrieren in besonderer Weise Fotos, wie das vom August 1945 (M 1), das die verheerenden Folgen der Luftangriffe und des dem Einmarsch vorangehenden Artilleriebeschusses Mitte März 1945 vor Augen führt. Auch die allenfalls begrenzten Möglichkeiten, die Trümmer rasch zu beseitigen, den Wiederaufbau in Angriff zu nehmen, werden deutlich.

Einen recht konkreten Einblick in die Probleme, die sich der neuen Stadtverwaltung bei der Daseinsfürsorge für die sich in der Stadt aufhaltenden Personen stellen, gibt der Bericht Oberbürgermeister Weegmanns (M 2), der wohl vor allem darauf ausgelegt ist, bei den vorgesetzten Behörden eine Entlastung von Kriegsfolgekosten zu erwirken (vgl. Punkt II), die angesichts der in Angriff zu nehmenden Aufgaben der Stadt (Wiederherstellung der Infrastruktur, Sicherung der Versorgung der sich in Bamberg aufhaltenden Menschen, Mobilisierung von Arbeitskräften) nicht zu leisten seien.

Die dringlichste Aufgabe der Verwaltung war es wohl, den Mangel, vor allem auch den Mangel an Nahrungsmitteln, durch Rationierung zu verwalten. Kaum vorstellbar, dass heute jemand mit den Mengen der Lebensmittelrationen vom Sommer 1945 (M 3) auskäme. An „Luxus“ war ohnehin nicht zu denken.

Mit der Bekanntgabe der Zuteilungsmengen war keine Liefergarantie verbunden. So waren die Menschen gezwungen, auch selbst für die eigene Versorgung mit Alltagsgütern

zu sorgen. In einer Zeit ohne stabile, vertrauenswürdige Währung besannen sich die Bamberger wie die meisten Deutschen zu dieser Zeit auf die Wirksamkeit des Tauschhandels, wie eine Beilage zum Fränkischen Tag vom Januar 1948 (M 4) belegt. Angeboten wurde (fast) alles, gesucht waren vor allem Dinge, die für berufliche Zwecke oder die Bewältigung des Alltagslebens vonnöten waren.

Armut, das Bemühen um Vorwärtskommen auf der einen, Suche nach Abwechslung oder menschlicher Wärme auf der anderen Seite begünstigen gerade in Zeiten des Umbruchs, der Ungewissheit über die Entwicklung schon des nächsten Tages auch die Prostitution und in Zusammenhang damit die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten. Während der Fränkische Tag versuchte, die Hintergründe dieser Erscheinung zu beleuchten (M 5), bemühte sich die Verwaltung mit ihren Mitteln, die auftauchenden Probleme zu erfassen und im Zaum zu halten (M 6).

Neben dem menschlichen Problem der Entwurzelung, der oft unzureichenden Versorgung mit dem Nötigsten und der völlig offenen Frage nach der Zukunft fern der Heimat waren die Flüchtlinge in Bamberg aus Sicht der Stadtverwaltung ganz einfach auch ein Kostenfaktor, für den im Haushaltsplan der Stadt im Jahr 1946 (M 7) 670.000 RM vorgesehen sind (Posten 44160, 44260 – 44262).

Häufig war die Stadt von der Ankunft neuer Flüchtlinge nur sehr kurzfristig informiert worden und hatte dann die Aufgabe, rasch für die Unterbringung der Menschen zu sorgen. Ohne die Unterstützung aller politischer Parteien am Ort und die Sicherung der zu ergreifenden Maßnahmen durch die Polizei wäre dies offenbar nicht zu leisten gewesen. (M 8)

Sicher diente auch die Berichterstattung über die Situation der Flüchtlinge in den notgedrungen errichteten Lagern dazu, Verständnis für das schwere Schicksal der Betroffenen bei der einheimischen Bevölkerung zu wecken. (M 9)

Gleichwohl sahen sich noch im Spätsommer 1949 die Insassen des „Flüchtlingslagers Keesmann“ veranlasst, den Stadtrat eindringlich zu bitten, ihrem Wunsch nach menschenwürdigem Wohnraum in der freien Ulanenkaserne Vorrang vor der dortigen Einrichtung einer Berufsschule oder von Gewerbebetrieben zu geben. Sie veranschaulichten zu diesem Zweck ihre Lebensumstände. (M 10)

Wie angespannt die Situation auf dem Bamberger Wohnungsmarkt war und welche Flüchtlingslager noch im Spätherbst 1948 bestanden, zeigt eine Übersicht der Stadtverwaltung vom 17. November dieses Jahres. (M 11)

Von besonderer Bedeutung für die rasche Verbesserung der Lage der Menschen musste das Verhältnis der Besatzer in Bamberg zu den von ihnen eingesetzten und kontrollierten örtlichen Behörden, aber auch zur Bevölkerung überhaupt sein. Natürlich kamen die Amerikaner zunächst als Sieger und – zumindest aus ihrer Sicht – nicht als Befreier nach Deutschland. Verschiedene Direktiven und Filme, die zur Warnung vor Fraternisierung mit den Besiegten für die Besatzertruppen gedreht wurden, belegen dies sehr deutlich. So sah sich die Militärbehörde in Bamberg auch 1946 noch veranlasst, Unbefugte vor einem Betreten des teilweise gesperrten Haingebietes, in dem sich Wohnungen und US-Behörden befanden, mit massiver Strafandrohung zu warnen. (M 12)

Wie an vielen Orten in der US-Besatzungszone entspannte sich das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten jedoch nachhaltig und auch der sich abzeichnende Kalte Krieg, in dem man sich auf derselben Seite sah, tat ein Übriges, gegenseitiges Interesse und Verständnis zu entwickeln. Nicht nur die Leistungen der US-Behörden für den materiellen Wiederaufbau lernten die Bamberger schätzen, auch die Freiheit des Denkens und damit der Kunst, die man so lange nur in der ideologischen Einfärbung rassistischen Ungeistes erfahren hatte, ließ sich mit Hilfe der Amerikaner wieder erlernen. „The Bamberg School

of Art“ (M 13) brachte Armee-Angehörige, deutsche Zivilbedienstete und Künstler wie Hanns Waltenberger zum gegenseitigen Austausch und Kennenlernen vor dem Hintergrund künstlerischen Gestaltens zusammen.

Tiefgreifender in das kulturelle Alltagsleben wirkte aber mit Sicherheit das Kino, das dem Normalbürger den Blick in die weite Welt eröffnete (mit Wochenschauen, internationalen Produktionen) und dabei auch zur politischen Aufklärung und Umerziehung genutzt werden konnte. Vorbild war das Kino der Amerikaner am Grünen Markt 18, das „Roxy“. (M 18)

Im öffentlichen Leben der Stadt bewiesen die US-Truppen Präsenz, wobei die Funktionen von Militärparaden sicher vielschichtig waren: ein Beweis von Stärke und Durchsetzungsfähigkeit, aber auch ein öffentlicher Anziehungspunkt für die Bevölkerung, der beinahe volksfestartige Züge trug. (M 19)

Dass sich das Verhältnis zwischen Siegern und Besiegten im Laufe der Zeit zu einem immer vertrauensvolleren Miteinander wandelte, zeigt gerade die Art, in der man lernte, mit Schwierigkeiten bei der Begegnung von US-Soldaten und deutscher Zivilbevölkerung umzugehen. Als es im Jahr 1949 wiederholt zu Überfällen auf Taxifahrer von Seiten der US-Armeeangehörigen kam, galt es die deutsche Bevölkerung zu beruhigen, ohne die amerikanischen Besatzungstreitkräfte vor den Kopf zu stoßen. Man beschloss, gemeinsam geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen, wie der Oberbürgermeister die Öffentlichkeit informierte. (M 20)

Entnazifizierung und Demokratisierung des öffentlichen Lebens waren - bei allen Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung - wichtige Wegmarken bei der Reintegration der Deutschen in die Staatengemeinschaft bzw. bei der Verwirklichung deren Ziels, als Partner der freien Welt anerkannt zu werden. Die öffentliche Abkehr von nationalsozialistischen Werten oder der Verehrung von „Helden der Bewegung“ fiel leicht, man musste nur verschiedene Straßen wieder umbenennen (M 21) oder angetragene Ehrenbürgerschaften (in Bamberg: Hitler, Schemm, Siebert) aberkennen.

Etwas aufwändiger gestaltete sich da schon die Durchforstung der öffentlichen Bibliotheken und der Schulbüchereien auf „Werke“ mit nationalsozialistischer Ideologie. So wurden etwa aus der Lehrerbibliothek der Städtischen Mädchenoberschule eine ganze Reihe von Büchern aussortiert, die den Ungeist in der Literatur, der Geschichte, Geographie und Biologie zum Maß der Erziehung gemacht hatten. (M 22)

Mit dem „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ (5.3.1946) wurde der Versuch unternommen, gezielt nach der Verwicklung der Deutschen in das Unrechtssystem des Nationalsozialismus zu forschen und das Maß der Beteiligung zur Grundlage von Entlastungsurteilen oder Strafen (etwa Beschäftigungsbeschränkungen) zu machen. (M 23)

Durch die Einrichtung sog. „Spruchkammern“ (in Bamberg ab Mai 1946, erste Verhandlungen dann ab August) wurden Deutsche, die das Vertrauen der Besatzungsmacht genossen, in das Verfahren einbezogen. Nicht selten galt das Bemühen „Belasteter“, sich durch sog. „Persilscheine“, in denen vertrauenswürdige Personen das Verhalten des Verdächtigen im „III. Reich“ in mildem Licht erscheinen ließen, reinzuwaschen. (M 24)

Höchste Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregte der „Synagogenprozess“, in dem eines der schauerlichsten Verbrechen des Ungeistes, der Verrohung, geschehen am 9. November 1938 in Bamberg, vor die Schranken der Justiz trat und später seine Aburteilung fand. Das Interesse – nicht nur der Sieger –, die Deutschen über die Verbrechen der Vergangenheit aufzuklären, verband sich dabei mit der legitimen Absicht, die Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Der Prozessberichtersteller zeichnet ein Bild

von Verdrängung, dem Versuch, Schuld von sich auf andere zu wenden, das uns leider auch aus heutigen Verfahren im Zusammenhang politischer Gewalttaten nicht unbekannt ist. (M 25)

Der Handlungsspielraum der Deutschen beim Wiederaufbau der Verwaltung war zunächst, wie nicht anders zu erwarten, begrenzt. In deutlichen Anordnungen an die Bevölkerung machte die Besatzungsmacht mit der Übernahme der militärischen und politischen Gewalt deutlich, dass nur bei Befolgung der Anweisungen eine Lockerung der Bestimmungen und Unterstützung bei der Versorgung der Bevölkerung zu erreichen sei. (M 26)

Genau diese Ziele standen im Vordergrund der Bestrebungen der Bamberger Stadtverwaltung. Anfang Juni konnte der Oberbürgermeister das seit langer Zeit erstmals wieder durch Wahlen legitimierte Stadtparlament begrüßen und in einer programmatischen Rede auf die kommenden schweren Aufgaben einstimmen, ohne dabei auf ermutigende Worte zu verzichten. (M 27)

Ein typisches Element des Übergangs zu geordneten, demokratisch legitimierten Institutionen der städtischen Selbstverwaltung war das „Bamberger Bürger-Komitee“, zu dem im Sommer 1945 angesehene, für die Besatzer vertrauenswürdige Personen der Stadt zusammentraten, um den Wiederaufbau der Stadt beratend zu fördern. In der Struktur seiner ständigen Unterausschüsse (Bauwesen, Gesundheit, Kultur, Politik, Rechtsfragen, Stadtverschönerungen, Wirtschaft, Flüchtlingsbetreuung, Pressewesen) wurden bereits die Aufgaben eines künftig zu wählenden Stadtrats vorweggenommen. (M 28)

Nach der Wiederzulassung demokratischer Parteien im Herbst 1945 in der US-Zone konnten die Bamberger im Mai 1945 seit langer Zeit wieder in freien Wahlen ihren Stadtrat bestimmen. (M 29)

Schon zwei Jahre später traten die Parteien zum nächsten Wahlkampf an. Die Auseinandersetzungen zeigten nun pointiertere Aussagen sowie den Versuch, Wählergruppen gezielt anzusprechen. In den aus heutiger Sicht sehr textlastigen Plakaten und Flugblättern begegnet eine teilweise recht merkwürdige Verbindung nationaler und lokaler Aspekte. Insgesamt lässt sich feststellen: Die Demokratie begann sich einzuspielen. (M 30)

Wie bereits am 7. Juni 1946 wurde der beliebte CSU-Politiker Luitpold Weegmann (1885 – 1966) erneut am 1. Juni 1948 mit deutlicher Mehrheit vom Stadtrat zum Bamberger Oberbürgermeister gewählt, wie der Fränkische Tag in einer Sonderausgabe vom Tage (M 31) berichtete. Heute werden die Bürgermeister in Bayern direkt von den Wahlbürgern der politischen Gemeinde bestimmt. War die damalige Vorgehensweise das Resultat von Vorbehalten der Besatzungsmacht gegenüber Elementen der direkten Demokratie, die von den Nationalsozialisten so sehr missbraucht worden waren?

Für die Organisation des Alltagslebens ist der Bürger auf Informationen aus den Medien angewiesen: Wo befinden sich Versorgungsstellen? Welche Weisungen der Besatzungsmacht sind zu befolgen? Wo und wie sind Auskünfte über vermisste Angehörige zu erhalten? War die Veröffentlichung derartiger Informationen zunächst dem Radio überlassen, so gaben die US-Behörden schon bald nach Kriegsende eine eigene Zeitung heraus, in die auch lokale und regionale Ankündigungen sowie Nachrichten der deutschen Dienststellen aufgenommen wurden. Darüber informierte Oberbürgermeister Weegmann in einer „Direktorialverfügung“ seine Ämter bereits am 15. Mai 1945. (M 32)

Tatsächlich erschien die erste Nummer des von den US-Behörden herausgegebenen „Bayerischen Tages“ am 19. Mai 1945. Die Titelseite beweist, dass mit der Information auch Aufklärung über die Verbrechen der Vergangenheit, eine geistig-moralische

Neuorientierung bezweckt und mittelfristig eine „Umerziehung“ der Deutschen zu Demokraten beabsichtigt wurde. (M 33)

Nach den Erfahrungen mit dem gleichgeschalteten Medienapparat des NS-Systems behielt sich die Besatzungsmacht allerdings die Weitergabe von Informationen vor. Auch das „Mitteilungsblatt für den Stadt- und Landkreis Bamberg“ (vgl. M 29), das seit 1945 erschien, ist kein Organ der freien Presse, sondern ein offizielles Amtsblatt der deutschen Verwaltungsbehörden. Erst mit der Lizenzierung des „Fränkischen Tages“ zum Jahr 1946 wurde ein Schritt in Richtung auf die Verwirklichung der Aufgabe, die die Medien in einer demokratischen Gesellschaft haben, gemacht: freie Information in einer offenen Medienlandschaft als Basis des Meinungs austausches und von Entscheidungen, die von einer Mehrheit getragen werden. So titelt der „Fränkische Tag“ in seiner ersten Ausgabe vom 8. Januar 1946 programmatisch: „Für Freiheit und Recht“. (M 34)

Vordringlichste Aufgabe der Wirtschaft ist es immer, eine zumindest ausreichende Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Angesichts der Zerstörungen und der Güterknappheit, zahlreicher Beschränkungen der Wirtschaft durch Weisungen der Sieger (Reparationen, Einquartierungen, Zuzugs genehmigungen, Interzonenverkehr, Arbeitsbeschränkungen für Belastete etc.) konnte dies in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur unzureichend gelingen. Die Stellenanzeigen der Tageszeitungen spiegeln den Bedarf an einsatzbereiten Arbeitskräften wie den Wunsch der Menschen nach Betätigung und Verbesserung ihrer Lage durch eigenen Einsatz. (M 35)

Zum raschen – und oft auch notwendigen – Ausgleich von Angebot und Nachfrage über den zulässigen Warenaustausch, den „verwalteten Mangel“ hinaus bildete sich in Bamberg wie andernorts ein „Schwarzer Markt“. (M 36) Schwerpunkte in der Stadt bildeten die Nürnberger Straße, das Zinkenwörth und beinahe naturgemäß das Bahnhofsgebiet.

Polizeiliche Maßnahmen konnten nur helfen, Erscheinungen wie den „Schwarzen Markt“, das „Schiebertum“ zu begrenzen. Eine wirksame Gegenmaßnahme konnte letztendlich nur darin bestehen, den legalen Markt mit einem ausreichenden, frei verkäuflichen Angebot auszustatten und für den Austausch eine vertrauenswürdige Währung zur Verfügung zu stellen. Zum Juni 1948 hin verdichteten sich Hinweise auf eine bald bevorstehende Währungsreform. Insgeheim waren zu diesem Zeitpunkt aber bereits längst die organisatorischen Vorbereitungen für die Durchführung der Aktion getroffen, wie die Niederschrift über eine Dienstbesprechung zwischen dem Oberbürgermeister und der Verwaltungsspitze der Sparkasse vom 4. Februar 1948 beweist. (M 37)

Im Juni bedurfte es freilich keiner Geheimhaltung mehr, die Spatzen piffen es von den Dächern: Die Währungsreform kommt, und sie kommt bald. So kommentiert auch der Fränkische Tag in einer Glosse vom 12. Juni 1948. (M 38)

Genau eine Woche später war es soweit: Die Medien informierten am Samstag, den 19. Juni 1948 über die Währungsreform und die Modalitäten der ab dem kommenden Montag beginnenden Auszahlung des neuen Geldes: Sechzig RM Altgeld können in zwei Raten (40 und 20 RM) in die neuen DM umgetauscht werden. Bankvermögen wird auf ein Zehntel abgewertet. Hatten sich schon in Erwartung der Währungsreform Schlangen von Wartenden bei der Einzahlung des alten Geldes auf die Konten gebildet, so traf man sich nun an gleicher Stelle wieder, um das neue Geld in Empfang zu nehmen. (M 39)

Die Bedeutung von Bildung und Kultur für das Gelingen des Wiederaufbaus darf nicht unterschätzt werden. Gerade der Ungeist des Nationalsozialismus hatte die Deutschen in das Verderben gerissen, sie beinahe aller Zukunftshoffnungen beraubt; religiöse, ethische Werte waren negiert und einer platten Ideologie geopfert worden; christliche Feste hatten ihre Pervertierung in banalen, mythisch verbrämten Heldengedenkfeiern gefunden, und der Sport war seiner Freiheit im Interesse der Persönlichkeitsentfaltung zugunsten der Erziehung zu militaristischen „Tugenden“ beraubt worden. Als die Luitpoldschule am 14. Februar 1949 wieder dem ordentlichen Schulbetrieb zurückgegeben werden konnte,

nahm dies dann auch Bürgermeister Hergenröder, der Leiter des Schulreferats der Stadt, zum Anlass, dem Ungeist der Vergangenheit die Hoffnung auf Wiederbesinnung auf christliche Werte in Bildung und Erziehung gegenüberzustellen. (M 40)

In mehrfacher Hinsicht aufschlussreich für die Neuorientierung im Bildungswesen nach dem Krieg sind die Jahresberichte der Schulen, wie der des „Neuen Gymnasiums“ (heute „Franz-Ludwig-Gymnasium“) zum Schuljahr 1945/46 (M 41). Neben der Aufgabe, die Raumnot und die Personalprobleme zu bewältigen, ging es offenbar vor allem darum, tragfähige Wertmaßstäbe und taugliche Bildungsinhalte herauszuarbeiten, mit denen die Pädagogik in Zukunft dem Ungeist mehr Widerstandskraft entgegenzusetzen haben sollte. Die Rückbesinnung auf klassische Ideen und Lehrstoffe sowie die Grundlegung des europäischen Gedankens scheinen dabei die größte Wertschätzung erfahren zu haben.

Mit der Wiedereinführung der Bamberger Fronleichnamsprozession wurde den Bambergern mehr als nur ein Stück Tradition zurückgegeben: Verlässlichkeit und Zuversicht waren notwendige Erfahrungen, um angesichts des offenkundigen Scheiterns des lange Zeit gültigen Selbstverständnisses Kraft und Überlebenswillen zu schöpfen. (M 42)

Dass Kultur mehr als schmückendes Beiwerk zum Alltag ist, bewies (und beweist) die Anhänglichkeit der Bamberger zu ihrem „Tonkünstlerorchester“ (heute „Symphoniker“), das auf der Flucht aus dem Osten Heimat und Förderung in Bamberg fand. (M 43)

Etwas schwerer hatte es bis heute das Darstellende Spiel in Bamberg. Angesichts des belegten Theaterbaus mussten die „Bamberger Bühnen“ – privat finanziert – in die Fischerei bzw. das Weyermannhaus ausweichen mit einem Programm, das den Bildungsanspruch wie die Sehnsucht nach Unterhaltung befriedigen sollte. (M 44) Ganz fremd ist diese Situation den Bambergern auch im Jahr 2002 nicht.

Kraftsport wie Gewichtheben (M 45), Ringen, Boxen, aber auch Rudern, Leichtathletik, Fußball und viele Sportarten mehr: Die freie Betätigung ohne den Hintersinn der militärischen Ertüchtigung, vielleicht auch die Suche nach Selbstbestätigung in der schwierigen Situation der Nachkriegszeit brachten die Bamberger in die wieder auflebenden Sportvereine.

Für den weiteren Verlauf des Archivbesuchs bietet es sich nun an, in einer **zweiten Arbeitsphase** die Herkunft des Archivmaterials zu klären und damit in Zusammenhang die Aufgaben und Rahmenbedingungen der Archivarbeit vorzustellen. Besonders wird der Archivar auch auf die Leistungen seines Hauses für die Verwaltung der Stadt, die historische Forschung und die öffentliche Bildung (Ausstellungen) hinweisen. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Schule und Archiv von Interesse (Facharbeiten, Projekttag etc.). Bei einem Gang durch das Magazin lässt sich wohl zudem der ein oder andere „Schatz“ präsentieren.

In der **dritten Arbeitsphase** werden im Plenum in geeigneter Weise – etwa mittels Präsentation eines zentralen Dokuments auf einer vorgefertigten OHP-Folie – die Arbeitsergebnisse der Gruppen vorgestellt. Dabei geht es um die Gewinnung eines farbigen Gesamtbildes von der Nachkriegssituation in Bamberg, nicht um Vollständigkeit der Details. Lücken können in den Folgestunden während des Unterrichts ggf. auch durch Schülerbeiträge geschlossen werden.

Je nach Interesse der Klasse, dem zur Verfügung stehenden Zeitrahmen und dem Unterrichtsziel kann eine abschließende **vierte Arbeitsphase** noch im Archiv angeschlossen werden. Hierbei wird die Eigenart der Archivmaterialien und ihr spezifischer Aussagewert, aber auch dessen Grenze thematisiert. Es hat sich in der

Vergangenheit als praktisch erwiesen, von einem signifikanten Beispiel je Materialgruppe auszugehen:

- Fotos erwecken den Eindruck großer Nähe zum Geschehen („Augenzeuge“), zumal wenn sie nicht gestellt (Preisverleihung, Gruppenfotos etc.) sind. Allerdings konzentrieren sie den Blickwinkel auf ein als typisch bzw. besonders interessant erachtetes Geschehen, spitzen damit zu, „arrangieren“ die Ereignisse.
- Augenzeugenberichte, Tagebucheinträge etc. vermitteln einen lebendigen Eindruck von der Atmosphäre historischer Vorgänge, einem sonst nicht greifbaren Eindruck von der Wirkung des Geschehens auf die Befindlichkeit der Menschen (etwa die Erwartung der Sieger durch die Bamberger nach der Auflösung der NS-Herrschaft in der Region, Furcht und Hoffnung). Allerdings sind die Darstellungen durch einen naturgemäß sehr subjektiven Filter verfasst und müssen für eine Gesamtbewertung mit anderen verglichen, zudem auf ihre Übereinstimmung mit historischen Fakten überprüft werden.
- Zeitungsberichte haben die Aufgabe, Zeitgenossen zu informieren und sind damit nicht nur wegen des Inhalts ihrer Texte von Bedeutung, sondern auch wegen des daraus ablesbaren Interesses der Leser. Aber auch in der Zeitung steht nicht „die Wahrheit“. Der Redakteur gewichtet Meldungen und Kommentare, der Berichterstatter stellt die Ereignisse aus seinem Blickwinkel, vor dem Hintergrund seiner Werthaltungen (bzw. denen, die er bei seinen Lesern vermutet) dar.
- Verwaltungsakte, Satzungen und andere Texte, die rechtliche Zusammenhänge betreffen, wirken nüchtern, objektiv, geben Einblick in das Bemühen der Menschen, das Zufällige, ja Chaotische des Lebens durch Systematisierung in den Griff zu bekommen, dabei Werte wie Gerechtigkeit, Humanität zu verwirklichen. Doch auch Rechtssätze, Verwaltungsentscheidungen müssen vor dem Hintergrund der Zeit interpretiert, auf Einflussnehmer hin untersucht werden.
- Reden lassen wie wenig andere Materialien die Wertvorstellungen einer Zeit, einer Gruppe von Menschen aufscheinen. Immer muss gefragt werden: Wen spricht der Redner an? Womit will er die Zuhörer gewinnen? Welchen Zweck verbindet er mit seiner Ansprache? Hierzu bedarf es durchaus fundierter Zusatzkenntnisse über das eigentliche Ereignis (Einweihung, Begrüßung etc.) hinaus.
- Plakate, Anzeigen und vergleichbare Bild- oder Textdokumente bringen ihr Anliegen am unmittelbarsten zum Ausdruck: Sie wollen den Betrachter für sich gewinnen, indem sie die eigenen Qualitäten in den Vordergrund rücken, ggf. Konkurrenten als weniger geeignet erscheinen lassen (Wahlplakate, Stellenanzeigen etc.). Aber auch diese Materialien müssen erst durch den Vergleich mit anderen, durch Berücksichtigung der sprachlich-ästhetischen Vorstellungen der Zeit (Begriffe, Werte, Bild-Wort-Kombination u.v.m.) erschlossen werden, um vorschnelle Werturteile zu vermeiden.

Natürlich bietet sich bei allen Materialien grundsätzlich der diachrone Vergleich an. Aktuelle Gegebenheiten wie Wahlkämpfe oder Debatten um die Aufnahme von Asylbewerbern vor Ort, Kriegsverbrecherprozesse, dies alles könnte motivieren, nach Bezugspunkten in der Vergangenheit vor Ort zu suchen. Unter Umständen ergibt sich sogar die Gelegenheit einer Ausstellung im Klassenzimmer mit Materialien, die die Schülerinnen und Schüler aus dem eigenen Verwandten- und Bekanntenkreis herbeibringen.

3. Nachbereitung

Nach einem Erfahrungsaustausch über den Archivbesuch in der folgenden Geschichtsstunde bieten sich u.a. zwei Verfahren an: die Einbettung der am Beispiel Bambergs gewonnenen Informationen in einen größeren Zusammenhang (Bayern, Deutschland) oder die Vertiefung der Einsichten durch die Diskussion der Leitfrage:

Kann der Zusammenbruch bzw. die Befreiung Deutschlands 1945 als „Stunde Null“ bezeichnet werden?

Zur Strukturierung des Gesprächs ist es ratsam, differenzierten Untersuchungsaufträgen zu folgen (Arbeitsgruppen, Kriterienvorgabe an der Tafel bzw. auf OHP-Folie etc.).

- Die Frage, welche **Personen** das öffentliche Leben in Bamberg nach 1945 prägten, lässt sich nicht generell beantworten. Zwar nahm mit dem beliebten Oberbürgermeister Luitpold Weegmann ein Politiker die Spitzenstellung in der Verwaltung ein, der erkennbar nicht mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet hatte (er war von ihnen nach zehn Jahren Amtstätigkeit 1934 aus dem Amt gedrängt worden), war der Vorsitzende des Beirats im „Bamberger Bürger-Komitee“, der später auch für die Geschichte der Bundesrepublik bedeutende Liberale Thomas Dehler, unbelastet, doch lässt die nicht nur in Bamberg zu beobachtende Praxis, mit „Persilscheinen“ die eigene Vergangenheit in einem milden Licht erscheinen zu lassen, vermuten, dass wohl das Bemühen, durch Fragebogen und Spruchkammern alle Belasteten zu erfassen, letztlich gescheitert ist. Zyniker bemerken dazu, man habe schließlich nicht ein ganzes Volk austauschen können.
- **Verwaltungsstrukturen** wurden nach dem Krieg auf Anordnung und unter Kontrolle der Besatzungsmacht aufgebaut. Dies geschah auf lokaler Ebene sehr rasch. Schrittweise lockerte sich die Rolle der Deutschen als Befehlsempfänger, griffen Aufklärungsarbeit, Demokratisierungsbemühungen und Umerziehungsmaßnahmen der Amerikaner. Dabei konnte freilich auch an Erfahrungen aus der Weimarer Republik angeknüpft werden (s.o.).
- Das **öffentliche Leben** zeigte tief greifende Veränderungen. Nach Jahren der Abschottung durch das „Dutzendjährige Reich“ (Werner Finck) waren die Deutschen und natürlich auch die Bamberger dankbar für die Öffnung des Horizonts: Amerikanische Musik (Jazz in mancherlei Spielarten), US-Filme, internationale Literatur, Malerei und Plastik begeisterten die Menschen und begannen mit der „Globalisierung“ des Lebens lange vor dem inflationären Gebrauch des Begriffes in unseren Tagen.
- **Kultur und Bildung** waren im Interesse einer echten Zukunft und natürlich auf Druck der Besatzer neu zu orientieren. Dies geschah zum einen durch die Öffnung des Horizonts (s.o.) ohnehin, zum anderen aber auch durch die Neukonzipierung von Lehrplänen, Erziehungszielen. Dass man hierbei an Traditionen (Christentum, Klassik) anknüpfte, die man für tragfähig hielt, den Ungeist letztlich zu beseitigen, seinem Wiederaufleben standzuhalten, mag nicht überraschen.
- Brüche und Kontinuitätslinien begegnen im Bereich der **Wirtschaft**. Natürlich ist die Behauptung von der „Gleichheit aller Deutschen“ angesichts der 60 DM neuen Geldes mit der Währungsreform eine „fromme (?) Lüge“: Wer über Besitz und Produktionsmittel verfügte, wer nicht als Flüchtling die Heimat hatte verlassen müssen, der besaß ungleich bessere Startbedingungen als der Vertriebene, Ausgebombte. Dennoch lässt sich nachweisen, dass es auch wirtschaftlichen Erfolg bei ungünstigen Ausgangslagen gab und dass das Empfinden für einen Neubeginn, vielleicht auch der Lebenshunger nach dem überstandenen Zusammenbruch quer durch die verschiedenen Bevölkerungsgruppen ging.
- Als wichtigsten Einschnitt in der Geschichte der Stadt, aber auch der unseres Landes muss man wohl die Einbindung in ein **internationales System** erachten. Die Amerikaner sind 1945 nach Bamberg gekommen und bis heute geblieben. Mehr noch als das „Wirtschaftswunder“, die Demokratisierung, wie sie sich im Grundgesetz niedergeschlagen hat, hat die Einbindung Deutschlands und für sich genommen vieler Städte in ein System internationaler Partnerschaften bis heute Frieden, Sicherheit und Wohlergehen der Bevölkerung aufrechterhalten. Die Gefahr eines nationalen Sonderwegs

scheint - ausgehend vom Ergebnis des Zweiten Weltkriegs - endgültig gebannt.

C: Ergänzende Hinweise

Dass das vorgestellte Unterrichtsmodell nur einen Rahmen vorgibt, der im konkreten Fall variiert, gekürzt, um wichtige Fragestellungen ergänzt werden kann, muss nicht eigens betont werden. In jedem Fall gilt es das Interesse der Schülerinnen und Schüler für Archivarbeit und deren wichtigen Beitrag für die historische Forschung „entdeckend“ zu wecken bzw. zu fördern.

Wenn sich Vergleiche mit anderen Recherchemethoden oder -angeboten (Internet, Filmdokumentationen u.a.) durchführen lassen, sollte diese Möglichkeit genutzt werden. Auch eine Differenzierung zwischen Tradition und Überrest als Material geschichtlicher Forschung kann in Ansätzen erfolgen.

Auf die Möglichkeit zur Fortführung eines solchen Unternehmens in Form von Projekttagen oder Facharbeiten wurde bereits hingewiesen

Zum Abschluss gilt es dem Stadtarchiv Bamberg, seinem Leiter Herrn Dr. Zink für seine großzügige Unterstützung, Herrn Theurer für seine nimmermüde Beratung und geduldige Suche nach geeigneten Materialien und deren Bereitstellung herzlich zu danken. Ohne sie wäre die vorliegende Arbeit nicht möglich gewesen.

Eugen Ullmann